

4. Modellversuch «Bedingungsloses Grundeinkommen»

Einzelinitiative von Urs Kaltenrieder, Regensdorf, vom 10. Dezember 2019

KR-Nr. 8/2020

Ratspräsident Roman Schmid: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Das Wichtigste vorweg: Die SP wird diese Einzelinitiative vorläufig unterstützen, mit Betonung auf «vorläufig».

Weshalb? Über das bedingungslose Grundeinkommen (*BGE*) wurde vor vier Jahren abgestimmt, das Verdikt des Volkes war recht klar: 23,1 Prozent sagten Ja und 76,9 Prozent sowie alle Stände sagten Nein. Im Abstimmungskampf ging es primär um die Frage: Wer soll das bezahlen? Eine wirklich vertiefte Debatte über das Thema wurde kaum geführt. Das ist schade. Es ist aber auch schwierig, wirklich mehr zu sagen, man weiss schlicht viel zu wenig darüber.

Ich habe vor neun Jahren meine Bachelor-Arbeit mit dem Titel «Anreizeffekte eines bedingungslosen Grundeinkommens» beim Arbeitsmarkt-Professor Doktor Josef Zweimüller an der Universität Zürich geschrieben. Der theoretische Teil war relativ einfach abzuleiten: Man kann den Effekt eines Grundeinkommens gut in gängige Arbeitsmarktmodelle implementieren. Das ist sehr ähnlich wie beispielsweise das Vorhandensein einer Sozialhilfe.

Schwieriger wurde es dann beim empirischen Teil. Wenn man aussagekräftige Studien untersuchen wollte, musste man in die 60er- und 70er-Jahre in den USA zurückgehen, und das ist schlicht ungenügend, auch wenn die Resultate durchaus interessant sind: So haben sich beispielsweise mehr Menschen selbstständig gemacht, insbesondere auch ärmere Menschen, und somit ist ihr Arbeitsangebot gestiegen. Natürlich gab es auch Bevölkerungsgruppen, welche weniger arbeiteten, aber wie gesagt, das war vor 50 Jahren und die Welt hat sich seit damals ein klein wenig verändert. Unterdessen fanden vereinzelt, beispielsweise auch in skandinavischen Ländern, Untersuchungen statt. Dort sind die Rahmenbedingungen jedoch in vielen Bereichen anders als in der Schweiz.

Gewisse Probleme in unserem System haben in letzter Zeit – das ist hoffentlich offensichtlich – zugenommen, und dies wurde durch die Corona-Krise noch augenscheinlicher. Dazu gehört insbesondere die soziale Absicherung von Selbstständigen. Hier haben wir ein Problem in der Schweiz, und die Corona-Krise legt das schonungslos offen. Viele Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer leben von der Hand in den Mund. Das ist nichts Schlechtes, werden doch so viele Jobs generiert und Existenzen in guten Zeiten gesichert. Aber in einer Krise ist dann halt schnell Schluss und entsprechend mussten der Bund, die Kantone sowie die Gemeinden und Städte für die Selbstständigen rasch viele Massnahmen ergreifen.

Teilprotokoll – Kantonsrat, 55. Sitzung vom 18. Mai 2020

Deshalb ist es auch logisch, dass das Thema momentan wieder massiv Auftrieb erhält, und das durchaus aus einer neuen Ecke. Ein weiteres Problem ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit von Menschen über 50 Jahren. Jüngere Arbeitnehmende haben tiefere Lohnkosten und sind nun mal einfach etwas geübter im Umgang mit der EDV.

Als Politikerinnen und Politiker sind wir dazu da, zeitgemässe Probleme zu lösen. Manchmal führt das aber zu einem Flickenteppich. Das genannte Beispiel der Ü-50-Problematik soll ja nun via Überbrückungsrente gelöst werden. Und verstehen Sie mich bitte nicht falsch, die Überbrückungsrente ist sehr wichtig und muss möglichst rasch eingeführt werden. Es ist aber unklar, ob die ewige Flickenteppich-Politik langfristig erfolversprechend ist oder man halt auch einmal alternative Systeme prüfen muss. Doch für eine solche Untersuchung braucht es Ressourcen, und die haben weder eine Universität noch die Fachhochschulen. Und private Experimente sind selten wirklich repräsentativ, auch wenn durchaus auch im Kanton Zürich solche angedacht wurden. Dabei bräuchten wir in diesem Thema fundierte Erkenntnisse. Wir müssen mehr über alternative Modelle lernen. Nur so können wir gute Politik machen. Eine solche Untersuchung hätte aber sicher auch Grenzen, so wäre beispielsweise die Finanzierung kaum ein Teil davon. Es ist wie immer in der Politik: Zuerst müssen wir wissen, ob das eine gute Idee ist, und dann können wir uns über die Finanzierung den Kopf zerbrechen.

Also, lassen Sie uns innovativ bleiben, lassen Sie uns alternative Ideen empirisch prüfen. Nur so werden wir die künftigen Herausforderungen meistern. Ist das bedingungslose Grundeinkommen eine Lösung dafür? Ich weiss es nicht. Um das herauszufinden, müssen wir schlicht mehr darüber wissen, und das können wir nur mit empirischen Untersuchungen.

Deshalb unterstützt die SP die Einzelinitiative vorläufig. Machen Sie es auch, werden wir zusammen gescheiter! Besten Dank.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Die Idee für ein Bedingungsloses Grundeinkommen geistert wie ein Untoter seit Jahren durch die politische Landschaft der Schweiz und beflügelt die Fantasie der Linken und «Ewig-Morgigen». Ich hatte eigentlich gedacht, mit dem klaren Nein des Volkes vor vier Jahren sei dieses Thema gegessen, aber offenbar ist dem nicht so. Sie ist zu verlockend, diese Vorstellung vom grossen gesellschaftlichen Umbau. Man könnte das jetzt als Zwängerei abtun, dass jetzt wieder ein Vorstoss in dieser Richtung kommt, aber als gute Demokraten akzeptieren wir es natürlich, dass eine politische Forderung – und sei sie noch so schlecht – immer und immer wieder vorgebracht wird.

Und diese Idee, ja, sie ist wirklich schlecht: Wir alle wissen es, Arbeit gibt dem Tag Struktur, sie gibt dem Leben einen Sinn. Die Idee, dass, wenn der Staat jedem das Existenzminimum finanziert, sich dann plötzlich alle den schönen Künsten zuwenden, Arien komponieren, Romane schreiben, sich sozial betätigen oder neue Geschäftsideen entwickeln würden, die ist reichlich naiv. Nein, die Realität – und da bin ich leider etwas pessimistisch – ist wohl eher die, dass dieses Gratisgeld vom Staat einen Grossteil der Bürger in die soziale Hängematte treiben

würde, wo Netflix, Facebook, Youtube (*Streaming-Dienste und Online-Netzwerke*) – oder wie sie alle heissen –, kurz die gähnende Inhalts- und Sinnleere lauern würden.

Machen wir uns nichts vor: Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine sozialistische Utopie, eine gigantische Umverteilungsmaschinerie, bei der einmal mehr die Fleissigen die Faulen unterstützen sollen. Was der Initiant und die Unterstützer dieser Idee wollen, ist mehr Umverteilung, mehr Staat und mehr Bevormundung. Die SVP hat dieses Hirngespinnst schon vor vier Jahren abgelehnt und wir tun dies immer noch. Heute, da der Staat in Corona-Zeiten ein Ausmass an Macht erhält, tun wir das mehr denn je.

Man könnte jetzt einwenden, es handle sich ja nur um einen Testlauf. Aber warum sollten wir einem Testlauf zustimmen, wenn wir das Ziel, das hinter diesem Testlauf steckt, ja ohnehin ablehnen? Diese Form von Steuergeldverschwendung können wir uns getrost sparen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zum Hauptargument des Initianten sagen: Dieser begründet ja, kurz zusammengefasst, seine Initiative mit der altbekannten These, die Digitalisierung würde zahllose Berufe und generell die menschliche Arbeitskraft überflüssig machen und deshalb müsse man die Leute mit einem bedingungslosen Grundeinkommen quasi über Wasser halten. Dieses Argument ist so alt wie die Industriegesellschaft selbst und wurde in den letzten 150 Jahren bei jedem technologischen Quantensprung vorgebracht. Aber weder die Elektrifizierung noch die Ausbreitung des Automobils und auch nicht das Aufkommen des Computers haben je zu Massenarbeitslosigkeit geführt. So funktioniert unsere Gesellschaft einfach nicht. Wenn ein Vorgang durch technische Hilfe effizienter gemacht wird und man damit Geld sparen kann, dann werden Mittel frei für neue Investitionen und es entstehen neue Jobs, die man vorher gar nicht kannte. Es hat mir noch keiner schlüssig erklären können, weshalb dies ausgerechnet im Zuge der jetzt stattfindenden Digitalisierungswelle nicht auch so sein sollte.

Dann vielleicht noch ein Wort zur aktuellen Situation: Tobias, du hast es angesprochen, gerade zu Corona-Zeiten müsse man über solche Modelle nachdenken. Das sehen wir natürlich ganz anders. Was der Staat, die Gesellschaft, die Wirtschaft jetzt brauchen, ist mehr Konsum – und sicher nicht noch mehr Umverteilung. Denn irgendjemand muss ja dieses Geld zuerst verdienen, muss ja diese Steuern zuerst zahlen, die dann wieder umverteilt werden. Gerade in einer Krise, wie wir sie jetzt erleben, weiss ich nicht, wie das so funktionieren sollte.

Die SVP macht realitätsnahe Politik für hart arbeitende Bürgerinnen und Bürger, die so wenig Steuern wie nötig bezahlen möchten und die vom Staat einfach gerne in Ruhe gelassen werden wollen. Wir lehnen utopische Träumereien ab, folglich unterstützen wir auch diese Einzelinitiative nicht. Vielen Dank.

André Müller (FDP, Uitikon): Es ist selten genug, dass wir das Wort zu einer Einzelinitiative ergreifen, aber ich denke, angesichts des vorliegenden Vorschlags kann von dieser Tradition abgewichen werden.

Ich möchte fünf Gründe beleuchten, warum diese Einzelinitiative abgelehnt werden soll, und fange an, womit Ueli Bamert aufgehört hat, mit den fragwürdigen Gründen für die Einführung: Bei jeder wirtschaftlichen Entwicklung gibt es Ängste in der Bevölkerung, dass Arbeitsprofile verloren gehen und somit eine grosse Anzahl Menschen arbeitslos wird. Dabei wird immer wieder verkannt, dass sich das historisch nicht nachweisen lässt: Arbeitsprofile verschwinden, neue sind entstanden. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies mit fortschreitender Digitalisierung anders sein sollte.

Zweitens: Die Initiative ist irrelevant für den Kanton Zürich. Im Juni 2016 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen mit 77 Prozent abgelehnt und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass die Schweizerinnen und Schweizer kein solches wollen. Aus diesem Grund brauchen wir auch keinen Modellversuch hier im Kanton Zürich.

Drittens: Sehr wichtig, das zugrundeliegende Menschenbild bei dieser Initiative ist falsch. Der Unterstützung des bedingungslosen Grundeinkommens liegt ein Menschenbild zugrunde, das meines Erachtens nicht stimmt und das nicht unterstützungswürdig ist. Es ist ein Bild der Opfer, ein Bild des unselbstständigen Menschen, der nur überleben kann, wenn der Staat sie oder ihn unterstützt. Die Menschen wollen aber nicht einfach Almosen, sie wollen Verantwortung und Teil einer Gemeinschaft sein. Leute wollen einen Weg in die Unabhängigkeit, losgelöst von staatlicher Unterstützung und Einflussnahme. Menschen wollen produktiv sein, einen Mehrwert für die Gesellschaft erstellen; das gehört zum Mensch-Sein. Das heisst auch, dass Menschen Unterstützung haben wollen, wenn sie diese brauchen. Wenn diese Bedingung der Unterstützung wegfällt, wollen sie diese Unterstützung nicht mehr.

Viertens: Die Initiative ist nicht kompatibel mit unseren politischen Traditionen. In der Schweiz folgen wir der politischen Tradition der Subsidiarität und der Bedürftigkeitsprüfung als Voraussetzung für staatliche Leistung. Die Subsidiarität bestimmt, dass jeder zuerst für sich selber schauen muss und soll, bevor er staatliche Leistungen beziehen kann. Jeder ist zuerst in der Selbstverantwortung. Wenn also Bedürftigkeit ausgewiesen ist, sind die Sozialsysteme in der Schweiz so ausgestaltet, dass ein bedingtes Grundeinkommen gewährleistet ist. Die Bedingungen sind vielfältig: Arbeitslosigkeit gemäss Kriterien der ALV (*Arbeitslosenversicherung*), Alter gemäss Kriterien der AHV, Behinderung gemäss Kriterien der IV. Dabei ist die Sozialhilfe kein Almosen, sondern eine gesetzlich verankerte Unterstützung, auf die Bedürftige einen Rechtsanspruch haben; ob selbstverschuldet oder nicht, die Ursache für die Notlage spielt keine Rolle. Unsere Tradition, dass Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandelt werden soll, basiert auf unserem Gerechtigkeitsempfinden. Das bedingungslose Grundeinkommen, das staatliche Leistungen an die Mehrzahl der Leute ausbezahlt, die diese nicht brauchen, verstösst fundamental gegen dieses. Zudem wird Chancengleichheit in der Gesellschaft gerade dadurch verbessert, dass Schwächere und Bedürftige mehr Unterstützung bekommen. Das bedingungslose Grundeinkommen tut genau das nicht.

Und fünftens: Die Initiative würde Fehlanreize fördern, denn ein bedingungsloses Grundeinkommen fördert eine Subventionsmentalität, deren negative Auswirkungen in vielen Bereichen beobachtet werden können. So gilt heute zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit das System der Hilfe zur Selbsthilfe, damit Eigenständigkeit und Selbstversorgung in den Entwicklungsländern gefördert werden können. Dass dieser Grundsatz in einem entwickelten Land nicht gelten soll, ist nicht erklärbar.

Ich bin daher fundamental der Meinung, dass die Einzelinitiative nicht unterstützt werden kann. Danke.

Gabriel Mäder (GLP, Adliswil): Die GLP-Fraktion hat die Einzelinitiative mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen, denn aus unserer Sicht bestehen ebenfalls noch etliche offene Fragen zu den langfristigen Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens, die wir gerne geklärt wüssten, bevor die politische Diskussion dazu fortgeführt wird. Darum haben wir in der Fraktion sorgfältig geprüft, welche neuen Erkenntnisse wir aus einem Modellversuch zum BGE erwarten dürfen. Eines der wichtigsten Elemente bei einem Modellversuch ist die Zusammensetzung der Stichprobengruppe. Der Initiant selbst schreibt dazu, dass die Versuchsanlage mit repräsentativer Beteiligung aus allen Bevölkerungsgruppen und allen sozialen Schichten erfolgen soll, um Klarheit zu schaffen. Aber damit die Aussagen statistisch signifikant wären und Klarheit schaffen könnten, müsste die jeweilige Bevölkerungsgruppe auch ausreichend in der Stichprobe vertreten sein. In Finnland wurde das Verhalten von Arbeitslosen beobachtet, und dafür mussten bereits 2000 Personen verpflichtet werden. Wollten wir dem Ansinnen der Initianten nachkommen und all die verschiedenen Arbeitsgruppen – Vollzeitangestellte, Teilzeitangestellte, Sozialhilfe- und IV-Bezüger und so weiter – miteinbeziehen, müssten wir Zehntausende von Zürichern für das Experiment zwangsverpflichten, damit es nicht zum Flickwerk verkommt. Selbst mit dieser Anzahl Teilnehmenden könnten wir im besten Fall aber lediglich Verhaltensänderungen auf individueller Basis beobachten. Die makroökonomischen Implikationen, wie Lohn und Preissteigerungen, oder der Einfluss auf die Zuwanderung würden dabei kaum korrekt erfasst. Auch bei den individuellen Ergebnissen würden weiterhin Vorbehalte bestehen, da den Probanden jederzeit bewusst ist, dass der Versuch zeitlich begrenzt ist, was wiederum Einfluss auf ihr langfristiges Verhalten hat.

Der Initiant bleibt auch vage, was die Ziele des Modellversuchs angeht. Es wird lediglich auf die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens verwiesen, ein Begriff, der ein weites Spektrum an Interpretationen zulässt. So müsste zuerst definiert werden, ob das BGE als substituierendes oder als additives Einkommen zu verstehen ist. Gänzlich unklar ist auch, ob das BGE den regionalen Lebenshaltungskosten angepasst werden müsste, inwiefern ausserkantonale Zuzüger berücksichtigt werden sollten und welche Sozialleistungen zu streichen sind. Würden all diese Variablen in das Modell aufgenommen, so verkäme das Experiment vollends zum Fischen im Trüben. Die Resultate wären weder verlässlich noch aussagekräftig. Der Aufwand hingegen wäre enorm. Es wäre zu befürchten, dass

Befürworter sowie Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens die Resultate für bare Münze nehmen, wenn sie ihnen entsprechen. Einer sachlichen Diskussion wäre das unserer Meinung nach nicht zuträglich.

Wir sind der Meinung, dass in der aktuellen Lage die Ressourcen und die finanziellen Mittel, welche ein solcher Modellversuch verschlingen würde, besser und effizienter zur Stärkung der Sozialwerke eingesetzt werden können, und werden die Initiative deshalb nicht unterstützen.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Diese Einzelinitiative verlangt, dass ein Modellversuch zum bedingungslosen Grundeinkommen durchgeführt wird und dass man diesen wissenschaftlich begleitet und dann die Resultate allgemeinverständlich zur Verfügung stellt. Und es geht eben nicht um die Einführung eines Grundeinkommens, deshalb können Sie diese Initiative getrost vorläufig unterstützen. Egal, ob Sie jetzt dafür oder dagegen sind oder unentschlossen, was das Grundeinkommen anbelangt, Sie sollten eigentlich in jedem Fall bessere und mehr Argumente haben wollen für Ihre Position.

Die Meinungen darüber, ob jetzt so ein Grundeinkommen eine wünschenswerte und machbare Sache ist, gehen weit auseinander, wir haben es jetzt bereits gehört, ich gehe nicht nochmals auf alle Für- und Gegenargumente ein. Von der Gegenseite hören wir, das sei eine völlig idealistische Sozialutopie. Wir hören aber auch, das seien die Neoliberalen, die auch den Sozialstaat abschaffen wollen. Die Befürworter sprechen von grösserer Zufriedenheit der Betroffenen oder von mehr Autonomie; eben nicht Abhängigkeit, sondern tatsächlich Autonomie. Man spricht von einer möglicherweise tieferen Staatsquote, weil die Sozialsysteme gestrafft werden können. Auch bei uns Grünen sind wir uns nicht komplett einig. Aber wo wir uns einig sind, ist, dass diese Idee es verdient, dass man sie genauer betrachtet und das nicht einfach abtut als irgend so einen Quatsch. Und genau das soll hier passieren mit dieser Initiative, dass man das genauer anschaut und auch mal für den Kanton Zürich prüft, ob das jetzt eine gute Idee wäre.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen geistert nicht erst seit einigen Jahren herum, sondern sogar schon seit 500 Jahren, also den Begriff «Utopie» haben wir von einem Buch, «Utopia» von Thomas Morus (*englischer Humanist*), wo das vorkam. Und das kommt immer wieder mal auf, in verschiedensten Kontexten von verschiedenen Leuten. Und es wurde auch erwähnt, hier in der Schweiz haben wir auch bereits abgestimmt vor vier Jahren, und interessanterweise kennen wir auch eine Form des Grundeinkommens, halt erst für Menschen nach 65, das heisst dann AHV. Klar, da muss man das Alter erreichen, aber alle bekommen eine AHV, ob sie jetzt reich sind oder arm, man muss keinen Bedürftigkeitsnachweis erbringen. Die Frage, ob man das jetzt auf weitere Bevölkerungsschichten ausweiten möchte oder soll, stösst natürlich auf Widerstand und Bedenken. Und die Leute fragen: Ja, würde dann noch jemand arbeiten? Ich habe mir die Daten ein bisschen angeschaut und, ehrlich gesagt, findet sich nicht so viel, das diese Annahme stützen würde, sondern es sieht eher beruhigend und vielversprechend aus, dass die Leute in den Versuchen, die stattgefunden haben, eben nicht weniger motiviert waren zu arbeiten. Es gab Versuche in Kanada, Mincome (*minimum*

income), kürzlich in Ontario, oder die finnische Studie, die viele von Ihnen wahrscheinlich kennen, die ja erst kürzlich auch hier in den Medien breit diskutiert wurde. Man findet positive Effekte auf die psychische Gesundheit, teilweise auch auf die physische Gesundheit. Also ich finde, grundsätzlich weisen die Daten darauf hin, dass es sich lohnt, genauer hinzuschauen. Aber es braucht mehr Daten und wir sollten das wirklich genauer anschauen. Ein Modellversuch im Kanton Zürich würde natürlich auch nicht restlos alle Fragen klären können, was das jetzt für makroökonomische Folgen hat. Aber was wir sicher können, ist, mehr Erkenntnisse gewinnen und eine bessere Entscheidungsgrundlage zu schaffen, um zu wissen, ob wir eine solche Idee weiterverfolgen wollen oder nicht. Lassen Sie uns doch diese Diskussion versachlichen und unterstützen Sie mit uns Grünen diese Initiative vorläufig. Danke.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Wie der Initiant selber erwähnt, wurde bereits 2016 vom Schweizer Stimmvolk die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen abgelehnt. Es gibt keinen Grund, jetzt bereits einen weiteren solchen Modellversuch zu finanzieren. Wir bezweifeln, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Mehrheit der Bevölkerung rundum glücklich macht. Selbstverständlich ist es angenehm, in einer Notsituation unterstützt zu werden. Aber die meisten Menschen wollen Eigenverantwortung tragen und ihren Beitrag im und für das Leben übernehmen. Wir sind der Meinung, dass ein sozialverträgliches Vorgehen bedeutet, genügend Jobs bereitzustellen und mit Aus- und Weiterbildung die Bevölkerung zu befähigen, diese Jobs auszuführen und ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Der Initiant schreibt ausdrücklich, allen Bürgerinnen und Bürgern solle ein staatlich garantiertes, existenzsicherndes Einkommen ausbezahlt werden. Habe ich das richtig verstanden, heisst das, alle anderen in diesem Land, also Nicht-Bürgerinnen und -Bürger bekommen gar nichts mehr, weder AHV noch IV noch Kinderzulagen?

Wir verlangen Eigenverantwortung und Solidarität: Eigenverantwortung für sein Leben und Solidarität mit allen, die nicht in der Lage sind, ihr Leben allein zu meistern. Die CVP-Fraktion unterstützt diese Einzelinitiative nicht.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die Alternative Liste AL wird die EI unterstützen – mit zwei Enthaltungen. Die Mehrheit der Fraktion sieht einen Gewinn in einer Studie, um mehr darüber zu lernen, was funktioniert und was nicht.

Die Enthaltungen gründen auf folgenden Überlegungen: Ziel der Sozialpolitik ist es, Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ein Grundeinkommen, so befürchten sie, führt in die Segregierung der Gesellschaft und zu sich zersetzenden Sozialversicherungen, weniger Rente und Arbeitslosenversicherung wäre die Folge, dafür mehr Privatversicherungen.

Ich persönlich teile diese Ansicht nicht. Die Idee eines Grundeinkommens ist keine weitere Herdprämie. Hinter der Idee liegt ein neues Denk-, Wirtschafts- und Kulturmodell, das die Probleme lösen will und auch wird, die aus postindustriellem ökonomischem Überdruck entstehen. Die Arbeitswelt hat sich gewandelt,

aber die Problemlösung folgt noch industriellen Strukturen. So werden heute in langwierigen Verhandlungen Gesamtarbeitsverträge oder in Millimeter-Szenarien Arbeits- und Umkleidezeiten geregelt, Ferien oder Nachtzuschläge gesichert und will man Arbeitsstellen mit sicherer Vorsorge garantieren. Aber der Markt schützt nicht, er setzt ein – nach Bedarf, nach Renditen.

Heute arbeiten viele Menschen befristet oder auf Abruf. Nicht Wenige gehen nicht nur einer Tätigkeit innerhalb einer Anstellung nach, sondern erarbeiten ihr bescheidenes Einkommen mit mehreren und wechselnden Arbeitgebern. Viele nehmen dafür unregelmässige, oft kurzfristig angesetzte Arbeitszeiten und Einkommenslücken in Kauf, mit wenig bis gar keiner bezahlten Ferienzeit oder zumutbaren geregelten Freizeitstrukturen, viel zu niedrigen Löhnen und – wenn überhaupt – bei Mindestlohnschutz und – wenn überhaupt – bei späterer Minimalrente. Es sind die Leute, die man jetzt in der Corona-Krise in Genf für Lebensmittel Schlange stehen sieht und die in Zürich, diskreter von Kirchen und Hilfsorganisationen betreut, Lebensmitteltaschen in Empfang nehmen. Nein, der Markt schützt nicht nur nicht, er selber kann zum Opfer werden, wie man bei Corona auch bestens sieht. Ein winziger Virus und es ist kein Markt mehr da – nicht für den Flugverkehr und nicht für papierlose Nannys ohne Gesamtarbeitsvertrag, deren Arbeitgeber im Homeoffice sind. Doch genug davon. Die Digitalisierung schafft in der Tendenz auch nicht mehr Arbeitsplätze, sondern rationalisiert sie. Denen, die draussen stehen, die ohne Arbeitsplatz sind, erscheint die 42-Stunden-Woche fast schon als privilegiert. Aber trotzdem ist sie auf die Länge auch für die von ihr Privilegierten, wenn man so will, nachteilig. Denn sie fördert ein Ernährermodell, das der Sorgearbeit keinen monetären Wert beimisst.

Die Idee des Grundeinkommens ist in meinen Augen und in der Perspektive der Alternativen Liste AL ein wichtiger Schritt in Richtung einer Wirtschaftsdemokratie unter Mitsprache und Mitbestimmung. Das Grundeinkommen bedeutet Existenzsicherung für alle, ungeachtet der Ausbildung, des Geschlechts oder Zivilstands. Es wirkt der Existenzangst kleiner Selbstständiger und prekär Angestellter entgegen. Wie gross und real diese ist, konnte und kann man in diesen Wochen erleben. Jeder und jede hier im Saal kennt Beispiele vom eigenen Coiffeur über den Beizer bis zur Gärtnerin und zur Geigerin. Existenzsicherung brauchen alle Menschen. Und was ist mit den Working Poor? Allzu oft Frauen, Migrantinnen, Gastarbeiterinnen oder Kulturschaffende, sehr gut Ausgebildete und solche mit nicht anerkannter oder schlechter Ausbildung, oft ohne oder bei ungenügendem Lohn- oder Aufenthaltsschutz, kämpfen sie sich mit harter Arbeit im Niedriglohnbereich durch, stets um ein würdevolles Leben ringend. Ein Leben in Würde, das Recht auf ein gutes Leben ist eine demokratische Idee. Sie darf nicht an Glaubwürdigkeit verlieren. Die Corona-Krise wird uns weltweit noch lange begleiten, da braucht es Perspektiven für nachhaltiges, teilhabegerechtes und klimafreundliches Wirtschaften in Würde, für ein Zusammenleben mit solidarischem Gemeinsinn. Weltweit anerkannte Ökonomen, fortschrittliche wie konservative, meinen, dass das Grundeinkommen sehr wohl machbar ist. Deshalb ist diese Studie wichtig und ein Beitrag im Übrigen an die weltweite Forschung und

an weltweite Praxisversuche in diesem Gebiet. Wann, wenn nicht jetzt? Besten Dank.

Abstimmung

Auf die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative 8/2020 entfallen 61 Stimmen. Damit ist die vorläufige Unterstützung zustande gekommen.

Ratspräsident Roman Schmid: Die Einzelinitiative wird an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.